

Dutzende von Toten bei neuem Gefängnisaufstand

Brasiliens Regierung lanciert einen Sicherheitsplan

Beim zweiten Gefängnisaufstand innert weniger Tage in Brasilien sind 33 Häftlinge getötet worden. Bandenkriege und überfüllte Gefängnisse machen solche Massaker erst möglich.

TJERK BRÜHWILLER, SAO PAULO

Die Bilder aus der Haftanstalt Monte Cristo bei Boa Vista sind von derselben Heftigkeit wie jene aus Manaus, wo am Montag 56 Häftlinge bei einer Revolte getötet wurden: Verstümmelte Leichen liegen in den blutüberströmten Gängen und zeugen von der Brutalität des Geschehenen. Laut der Regionalregierung des Gliedstaats Roraima haben 33 Insassen ihr Leben verloren. Die Revolte brach am Freitag in den frühen Morgenstunden aus. Am Vormittag war die Lage wieder unter Kontrolle.

Vergeltungsakt?

Die genauen Hintergründe sind unklar. Entweder handelt es sich bei der blutigen Aktion um eine interne Abrechnung unter Mitgliedern des Primeiro

Comando da Capital (PCC), Brasiliens grösster Verbrecherorganisation. Oder es ist ein Vergeltungsakt des PCC gegen die regionale Verbrecherorganisation Familia do Norte (FDN). Die FDN, ein Arm des in Rio de Janeiro ansässigen Comando Vermelho (CV), steckt vermutlich hinter dem Massaker in Manaus, das sich vor allem gegen die Mitglieder des PCC richtete.

PCC und CV haben sich vor einigen Monaten den Krieg erklärt. Sie kämpfen um die Kontrolle des Drogenhandels, wobei der Norden Brasiliens für die Kokain-Schmuggelrouten aus Kolumbien, Peru und Venezuela eine zentrale Rolle spielt und hart umkämpft ist. In Manaus, wo nach der Meuterei am Montag weiterhin zahlreiche Häftlinge flüchtig sind, ist es in den letzten Tagen zu einem drastischen Anstieg der Mordfälle gekommen. Der Bandenkrieg spielt sich vor allem auch innerhalb der Gefängnisse ab. Dabei machen die Zustände in den meisten Haftanstalten Massaker wie jene von Manaus und Boa Vista erst möglich. Brasiliens Gefängnisse sind masslos überfüllt. So auch die Haftanstalt Monte Cristo in Roraima, wo nach Angaben der Behörden doppelt so viele Häftlinge

wie vorgeschrieben inhaftiert waren. Innerhalb der Gefängnisse herrschen oftmals archaische Zustände. Gewisse Haftanstalten sind richtiggehende Rekrutenschulen und Kommandozentralen des organisierten Verbrechens. Im Durchschnitt wird in Brasilien pro Tag ein Häftling ermordet.

Zaghafte Reaktion aus Brasilia

In Brasilien werden Kleinkriminelle bis zu ihrer Verurteilung ins Gefängnis gesteckt. Meist verlassen sie die Haftanstalt krimineller, als sie sie betreten haben. Die grosse Anzahl an Häftlingen überlastet das Gefängniswesen. Brasilien fehlen rund 250000 Gefängnisplätze. Das Versäumnis geht Jahrzehnte zurück. Dennoch ist die Reaktion der Regierung auf die jüngsten Vorfälle sehr zaghaft. Drei Tage hatte es gedauert, bis sich Präsident Temer zu den Vorfällen in Manaus äusserte. Dies tat er dann sehr ungeschickt, indem er das Massaker mit 56 Toten als «Unfall» bezeichnete. Inzwischen hat Brasilia in einem ersten Schritt 660 Millionen Reais (rund 200 Millionen Franken) für die Verbesserung bestehender und den Bau von fünf neuen Gefängnissen bereitgestellt. Es ist ein Tropfen auf den heissen Stein. lässt

sich damit doch nicht einmal das Defizit an Gefängnisplätzen im bevölkerungsarmen Gliedstaat Amazonas decken. Weiter sollen die Häftlinge künftig konsequenter voneinander getrennt werden — insbesondere unter Berücksichtigung ihres Delikts. Man müsse sich fragen, ob alle Häftlinge in den Gefängnissen auch wirklich dorthin gehörten, sagte Justizminister Alexandre de Moraes. Brasilien verhafte viel, doch verhafte schlecht. De Moraes trat am Freitag vor die Presse, um einen nationalen Sicherheitsplan anzukünden. Dessen Ziel ist es, die Mordrate jährlich um 7,5 Prozent zu senken. Jedes Jahr werden in Brasilien rund 50 000 Personen ermordet. Als ersten Schritt nannte de Moraes die Beschlagnahme von Schusswaffen. Zudem soll das Gefängniswesen modernisiert werden. Als Ziel hat sich die Regierung einen Abbau der Überbelegung um 15 Prozent bis 2018 gesetzt. Das Problem des organisierten Verbrechens will Brasilien grenzübergreifend angehen. Dabei setzt sie auf eine landesweite Integration der verschiedenen Sicherheitskräfte. Über die Kosten und die konkrete Umsetzung des Sicherheitsplans gab der Justizminister keine Auskunft.